

„Jetzt zählt es“

Nach Eröffnung des Planungsverfahrens: Bürgerinitiative gegen die Bauschuttdeponie in Ronnenberg mobilisiert zum Widerstand

Von Uwe Kranz

Ronnenberg. „Jetzt zählt es“ – mit diesem kurzen Satz stimmt der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Bauschuttdeponie – Nein Danke!“ Mitglieder und Unterstützer auf die kommenden Monate ein. Es soll Widerstand geben gegen die geplante Abdeckung der Ronnenberger Kalihalde. Nach Beendigung eines Runden Tisches zu dem Verfahren im Jahr 2021 hatte die BI auf die Details eines entsprechenden Antrags des Eigentümers gewartet. Wie jetzt bekannt wurde, hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) als Genehmigungsbehörde inzwischen das Planfeststellungsverfahren eröffnet und Anfang des Monats die Unterlagen öffentlich ausgelegt.

„Jetzt haben wir Klarheit“, sagt der BI-Vorsitzende Marc Bierhance. „Aus unserer Sicht ist der Antrag eine Kampfansage und Motivation in der Sache.“ Bei der BI hat der Antrag der Firma Menke Ronnenberg Umwelt Service GmbH aus Hannover im Auftrag des Eigentümers Horizon Immobilien rege Betriebsamkeit ausgelöst. Zum einen soll eine Stellungnahme zu den auf der LBEG-Internetseite öffentlich ausgelegten Antragsunterlagen bis zum Ablauf der Frist am 10. November formuliert werden. Zudem sollen die Mitglieder mobilisiert und das Bewusstsein für die aus Sicht der BI negativen Begleiterscheinungen der geplanten Arbeiten wieder geschärft werden.

Der Vorsitzende und BI-Sprecher Maik Hartje kritisieren die Unternehmensseite insbesondere für die von ihnen empfundene Abkehr von den Kompromissen, die am Runden Tisch erarbeitet worden sind. Bierhance und Hartje führen das unter anderem auf den personellen Wechsel an der Spitze der Firmen zurück, die es in der Zwischenzeit gab. „Materialwahl, Belastungen durch Staub und Lärm, Betriebszeiten, Haldenaufbau, Nähe der Wohnbebauung, zu geringe Schutzmaßnahmen, Anfahrtsrouten geben Grund zur aktiven Gegenwehr“, schreiben die beiden in einer Mitteilung an die BI-Mitglieder, die in den kommenden Tagen auch als Flyer in Haushalten in Ronnenberg und Umgebung verteilt werden soll. Es gelte, den Menschen die Gründe für den Widerstand gegen die Abdeckungspläne wieder in Erinnerung zu rufen. Nach vielen Jahren Stillstand sei das nicht mehr jedem präsent, meint Bierhance.

Vor acht Jahren hatte Menke zum ersten Mal öffentlich über die Pläne gesprochen, die Halde mit Bauschutt abdecken und später begrünen zu wollen. Ziel ist es, die



Geringer Abstand: Vom Fuß der Halde (links) bis zur Wohnbebauung in Ronnenberg (rechts) sind es nur wenige Meter.

FOTOS: UWE KRANZ

”

Materialwahl,
Belastungen durch
Staub und Lärm,
Betriebszeiten,
Haldenaufbau,
Nähe der
Wohnbebauung,
zu geringe
Schutz-
maßnahmen,
Anfahrtsrouten
geben Grund zur
aktiven
Gegenwehr.

Marc Bierhance,
Vorsitzender der BI
„Bauschuttdeponie - Nein
Danke!“



Hauptzufahrt: Nach den Plänen der Unternehmen könnte im Bereich dieses Tores nahe dem Weetzer Kirchweg der Lkw-Verkehr auf das Haldengelände gelangen.

Auswaschung von Salz aus dem Berg deutlich zu verringern – zum Schutz des Grundwassers und der Fösse, in die das Haldenabwasser in Hannover-Badenstedt eingeleitet wird. Aufgrund der engen Wohnbebauung an der Halde keimte schnell Widerstand auf gegen den zu erwartenden Lkw-Verkehr über viele

Jahre, Lärm und Staub aufgrund der Arbeiten und Gefährdungen durch den zum Teil belasteten Bauschutt, der verwendet werden soll.

Dem Bürgerprotest schloss sich der Ronnenberger Rat mit einer Resolution gegen die Menke-Pläne an, die später auch von der Regionsversammlung getragen wurde. Viele

Landes- und Bundespolitiker unterstützten den Protest und kamen dazu nach Ronnenberg. Der heutige Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) war in anderen Ämtern allein dreimal zu Besuch an der Halde. Am Runden Tisch ließen die Vertreter des LBEG schließlich durchblicken, dass die von Menke geplante Menge an Bauschutt nicht genehmigungsfähig sei, sondern nur eine Mindestmenge auf den Salzberg aufgetragen werden darf.

Dieser Kompromiss sei mit dem nun vorgelegten Antrag „atomisiert“ worden, meint Bierhance, der nur einen Steinwurf vom Haldenfuß entfernt wohnt. Mehr noch: Offenbar wolle Menke auf einer Naturfläche, die erst vor wenigen Monaten seitens der Region Hannover unter besonderen Schutz gestellt worden war, eine Auffahrtsrampe zur Halde und weitere Betriebsanlagen errichten – in unmittelbarer Nähe zu den Anwohnern. Dort sollen die Lastwagen an sechs Tagen in der Woche über rund acht Jahre hinweg den Bauschutt auf den Haldenkörper schaffen. So sehen es Pläne der Unternehmen vor – eine unerträgli-

che Aussicht für die BI. Bierhance und Hartje machen einen entschlossenen Eindruck. Momentan befinde man sich im intensiven Austausch mit der Verwaltung der Stadt Ronnenberg, den Rechtsberatern der BI, dem Umweltverband LBU und diversen Gutachtern. „Wir rechnen uns gute Chancen aus, im Sinne der Bevölkerung und des Naturschutzes einen guten Kompromiss zu eringen“, sagt der Vorsitzende.

Die BI will aber auch wieder sichtbarer werden. So sollen Videos für die sozialen Netzwerke entstehen und Protestaktionen vorbereitet werden. Denkbar seien auch Simulationen der Geräuschbelastungen, etwa mithilfe von großen landwirtschaftlichen Fahrzeugen, sagt Bierhance.

Trotz aller Kritik an den Inhalten begrüßen die Mitglieder des BI-Vorstands das Planfeststellungsverfahren. Es biete Klarheit und sei besser als der „Schwebezustand“ der vergangenen Jahre. Und sollte das Verfahren nicht mit dem erhofften Kompromiss enden, werde es einen Beschluss geben, gegen den die BI notfalls klagen könnte.